

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 21

Cöln, den 10. Oktober 1914.

II. Jahrgang.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand hat in seiner Sitzung am 3. Oktober, in Ergänzung seiner früheren Beschlüsse, folgendes beschlossen.

1. Das Verbandsstatut bleibt für alle in Arbeit stehenden Mitglieder in vollem Umfange bestehen.

Demnach werden alle Unterstützungen (mit Ausnahme der Streik- und Gemahregelungenunterstützung) sachungsgemäß weitergewährt.

2. Den zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern wird der Anspruch auf das volle sachungsgemäße Sterbegeld gewährt. Voraussetzung ist jedoch, daß bis zum Tage der Einziehung mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet waren und die fälligen Beiträge bis zu diesem Tage bezahlt sind.

Für die Dauer des Heeresdienstes sind die Eingezogenen von der Beitragsleistung befreit.

3. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Kriegsfondsmarken verbleiben den Ortsgruppen. Diese Beträge sind zum Besten der Krieger und ihrer Angehörigen zu verwenden. Ueber die Einnahmen und Ausgaben ist vierteljährlich mit der Quartalsabrechnung an die Hauptgeschäftsstelle zu berichten.

Der Zentralvorstand.

* * *

Die Verbandsleitung hat bezüglich der Festsetzung der Unterstützung für die Dauer des Krieges große Zurückhaltung ausgeübt. Es war ihr darum zu tun, zunächst einen genaueren Ueberblick zu gewinnen. Sie wollte nicht durch vorschnelle Aenderungen die Rechte der Mitglieder schmälern. Heute können wir feststellen, daß etwa 1500 Verbandsmitglieder zum Heeresdienst eingezogen wurden das sind 30 Prozent. Alle übrigen befinden sich in Arbeit und sind somit in der Lage, ihre Beiträge zu zahlen. Die weitaus meisten Städte und Straßenbahnbetriebe gewähren den Familien der Krieger neben der Reichsunterstützung noch besondere Unterstützungen, sei es in Form von Zuschlägen zur Reichsunterstützung oder gar durch Weiterzahlung eines Teiles oder des vollen Lohnes. So sind auch diese Familien erfreulicherweise fast durchweg vor Not gesichert. Darum konnte auch von der Einführung einer allgemeinen Kriegsunterstützung seitens des Verbandes abgesehen werden. Dafür aber bleiben den nicht zum Heere eingezogenen Mitgliedern außer der Streik- und Maßregelungsunterstützung alle sachungsgemäßen Unterstützungen erhalten. Es tritt darin also keinerlei Aenderung ein.

„Gegenüber den meisten übrigen, besonders gegnerischen Verbänden, die ihre Unterstützungen entweder ganz aufgehoben oder erheblich verfürzt haben, sind unsere Mitglieder also erheblich im Vorteil.

Eine besondere Vergünstigung für die im Heer stehenden Kollegen und deren Familien bedeutet der Beschluß, das Sterbegeld zu gewähren. Demnach wird den Angehörigen der Krieger, sofern diese sterben, das ihnen sachungsgemäß zustehende Sterbegeld gezahlt, ohne daß dafür während der Kriegsdauer Beiträge zu leisten sind. Das bezieht sich auch auf die etwa bereits gestorbenen Kollegen.

Die Ueberlassung der Einnahmen aus Kriegsfondsmarken an die Ortsgruppen rechtfertigt sich aus dem Grunde, weil eine Anzahl Ortsgruppen bereits sich für allgemeine Sammlungen verpflichtet hatten und darum eine weitere Belastung nicht glaubten tragen zu können. Eine allgemeine Unterstützung wäre aber nur möglich gewesen, wenn sich alle Ortsgruppen an der Aufbringung der hierzu nötigen Mittel beteiligt hätten. Jetzt haben es die Ortsgruppen selbst in der Hand, die Unterstützungsfrage entsprechend zu regeln. Der Zentralvorstand wird ihnen dabei mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Krieg, Arbeiter und Sozialreform.

Die Tagespresse berichtete in letzter Zeit wiederholt über das Verhalten der russischen Gefangenen. Die übergroße Mehrzahl erachtete die Gefangennahme als eine glückliche Erlösung. Nirgends sei der Opfermut, die Kampfesfreudigkeit und Todesverachtung wie sie unsere Truppen so auszeichnen, anzutreffen. Auf eine Frage, warum dieses Verhalten, antwortete ein Russe „der Deutsche hat ein Vaterland und kämpft für dieses, aber wofür schlagen wir uns?“ — „Was werden wir kämpfen? Offiziere bleiben hinten, da ziehen wir die weiße Fahne auf und ergeben uns.“ Ueberall in allen Heeren mögen es Feiglinge und Dürckberger geben, aber wo derartige Erscheinungen massenhaft, wie bei den Russen auftauchen, kann nicht mehr persönliche Feigheit, sondern müssen andere Umstände die Ursache sein. „Wir haben kein Vaterland“ dieser Ausspruch eines Gefangenen ist der Schlüssel, um das Rätsel zu lösen. Die politische Zugehörigkeit eines Stück Landes, auf welchem der Mensch geboren ist, zu einem Reiche, zu einer Nation, gibt ihm noch kein Vaterland. Innerlich muß der Mensch mit ihm verwachsen sein. Erst das Bewußtsein, durch den Staat in seinen Interessen gefördert zu werden, in seinem Schutz und Schirm sein zeitliches und ewiges Ziel zu erreichen, gibt die Fähigkeit für ihn Gut und Blut in die

Schanze zu schlagen. Daß hat Rußland nicht bedacht. Durch die Anute wollte es seine Völker einigen. Nicht die Liebe und Verantwortung, sondern die brutale Macht hat dort die Zügel geführt. Ist es da nicht selbstverständlich, wenn das Sprichwort zutrifft „wer Wind saet, wird Sturm ernten.“

Wie ganz anders steht Deutschland da? Noch vor wenigen Wochen sahien es, als wenn schwere politische Partiekämpfe, konfessionelle Leidenschaft und soziale Interessenkämpfe es erschüttern würden. Gerade die sozialen Kämpfe erweckten in den letzten Jahrzehnten den Anschein, als wenn alle gemeinsame Bande der Kultur, der Sitte, der Religion, der Sprache, die doch alle Glieder des Volkes umschlingen, zerrissen worden wären. Nicht zuletzt mögen auch diese sozialen Gegensätze unseren Feinden ein Anlaß mehr gewesen sein, um über uns herzufallen, in der Erwartung, daß diese inneren Kämpfe uns die Abwehr erschweren würde. Nichts von alledem ist eingetroffen. Mit einem Male schwiegen alle Gegensätze. Einmütig griff das Volk zu den Waffen. Der Gedanke, das Vaterland ist in Gefahr, ließ alles andere in den Hintergrund treten. Kein Stand schloß sich aus. Sie alle wußten, waß für sie auf dem Spiele stand. Greifbar nahe kam ihnen alle zum Bewußtsein, waß die Nation ihnen bisher gewesen war.

Auch der Arbeiterstand, ohne jede Ausnahme stellte seinen Mann. Erfreulicher Weise brauchten wir, die Angehörigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, nicht umzuleruen. Unsere Stellungnahme war von Anfang an klar und deutlich. Aber auch diejenigen, die bisher, wenigstens äußerlich, eine andere Gesinnung an den Tag gelegt hatten, standen nicht zurück. Wenn sich irgendwo eine Leitung dem entgegen gestellt hätte, wäre sie vom Volkswillen einfach hinweggefegt worden.

Jetzt, in der Stunde der Gefahr, zeigten sich die Wirkungen der deutschen Sozialpolitik. Lügen gestraft sind alle diejenigen, die behaupteten, daß die Sozialreform es nicht vermocht habe, auch das Herz der Arbeiter zu gewinnen. Mag auch das Unkraut der politischen Leidenschaft die edle Frucht der Vaterlandsiebe zum Teil überwuchert haben, erstickt ist sie darunter nicht. Unmerklich, zum Teil auch unbewußt, hat sich das Bewußtsein festgesetzt: Wir haben bei diesem Kampfe mehr „wie unsere Ketten“ zu verlieren. Der Arbeiterstand mußte in erster Stunde Vergleiche anstellen mit der sozialen Fürsorge Deutschlands und der übrigen Länder. Dieser Vergleich fiel wahrlich nicht zu Ungunsten Deutschlands aus. Manchen, der nicht aus höheren Motiven heraus seine Entscheidung fällte, bewog dieser Vergleich sich rückhaltlos auf die Seite des Vaterlandes zu stellen. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Arbeiterstand ohne Ausnahme, gleich welcher Ansicht er früher gehuldigt hat, einig und geschlossen sich den Feinden von Tron und Vaterland gegenüber stellte.

Mit der Begeisterung allein sind aber noch keine Schlachten gewonnen worden. Die Begeisterung muß getragen werden von dem Gefühl der Kraft und Leistungsfähigkeit. Die besten Waffen, die beste Organisation des Heeres muß versagen, wenn der körperlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Soldaten allzu enge Schranken gesetzt sind. Wie oft ist nicht in diesen Tagen ein Vergleich angestellt worden, zwischen dem stämmigen großen deutschen Soldaten und den kleinen schwächtigen Franzosen. Könnten wir diese Vergleiche mit ruhigem Gewissen ziehen, wenn wir nicht auf eine fünfzigjährige deutsche Sozialpolitik zurückblicken könnten? Man vergeße doch nicht, daß sich unser Heer über die Hälfte aus Leuten zusammensetzt, die dem Arbeiterstande angehören. Die körperliche Leistungsfähigkeit, die Erhaltung der gesunden Volkskraft ist aber ohne Zweifel zu einem guten Teile auf unsere Sozialpolitik zurückzuführen. Wie sähe es heute wohl mit den gesundheitlichen

Zuständen in unserem Heere aus, wenn wir auf die Segnungen des Krankenkassenwesens hätten verzichten müssen? Wenn in unseren Fabriken und Betrieben nicht gesetzliche Schranken gegen eine übergroße Ausbeutung der Arbeits- und Volkskraft errichtet worden wären? Selbst die scheinbar so weit vom Wege liegende Fürsorge für Invalide und Unfallverletzte zeigt jetzt seine Erfolge für die Wehrkraft des Volkes. Wie manchem Kämpfer, der jetzt im Felde liegt ist seine Kraft erhalten geblieben, weil die aus obigen Versicherungen gezahlten Renten ihn vor der Unternahrung geschützt haben?

Auf Schritt und Tritt begegnen uns heute die Segnungen der sozialen Fürsorge. Möge der gegenwärtige Krieg, der leider so viele und tiefe Wunden schlägt, für uns das eine Gute haben, daß er allen offenen und geheimen Gegnern der Sozialreform die Augen öffnet. Möge, sobald die Wunden des jetzigen Kampfes etwas vernarbt sind, an der Fortführung mit Fleiß weiter gearbeitet werden. Die jetzige schwere, aber auch große Zeit hat mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit hierzu erwiesen.

Lebensmittelpreise während des Krieges.

Der plötzliche Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hat auf dem Lebensmittelmarkt im Anfangsstadium sehr bedeutliche Begleiterscheinungen gezeitigt. In den letzten Juli- und ersten Augusttagen schnellten die Preise für notwendige Massenbedarfsartikel gewaltig in die Höhe. Während das deutsche Volk in kaum geahnter Einmütigkeit und vaterländischer Begeisterung sich zur Abwehr gegen hinterlistige Feinde erhob, gab es leider gewinnmüchtige Elemente, die diese schicksalsschwere Situation dazu ausnützten, den breiten Volksmassen die notwendigsten Nahrungsmittel in ganz ungerechtfertigter Weise zu verteuern. Es bedurfte eines ganz energischen Eingreifens der Behörden, um diesem verwerflichen Treiben ein Ziel zu setzen. Allerdings waren auch die Konsumenten zum Teil an den Preistreibereien in den ersten Kriegstagen mitschuldige. Durch kopflose Masseneinkäufe wurden die Lagerbestände in vielen Geschäften in kurzer Zeit aufgeräumt und die Geschäftsinhaber dadurch zu Preisaufschlägen geradezu angeporrt. Das waren jedoch nur Begleiterscheinungen der ersten Aufregung; es konnte als sachliche Begründung für die erfolgten Preisaufschläge keinesfalls geltend gemacht werden.

Für den Groß- und Kleinhandel auf dem Lebensmittelmarkt ist es aber gewiß kein Ruhmesblatt, daß die Gesetzgebung und Verwaltung nach dem Kriegsausbruch eingreifen mußte, um wieder einigermaßen geordnete Zustände in der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Erst als der Reichstag in seiner Kriegssitzung vom 4. August durch ein Sondergesetz den Verwaltungsbehörden das Recht einräumte, Höchstpreise für Lebensmittel festzusetzen, und als dann vielerorts von diesem Recht praktischer Gebrauch gemacht wurde, erst dann kam es vielen Händlern zum Bewußtsein, daß die Zeit vaterländischer Not und Gefahr nicht dazu mißbraucht werden darf, sich an den eigenen Volksgenossen zu bereichern.

Die Leitung der christlichen Gewerkschaften hat vom Beginn der Kriegswirren an der Frage der Lebensmittelpreisbewegung besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Interessen der Konsumenten energisch vertreten. In einer öffentlichen Kundgebung vom 1. August hat der Vorstand des Gesamtverbandes gegen gewissenlose Preistreibereien Protest erhoben und die zuständigen Behörden zum Einschreiten aufgefordert. Gleichzeitig wurden die Ortskartelle öffentlich, sowie durch Kundschreiben angewiesen, an den einzelnen Orten im gleichen Sinne an die Behörden heranzutreten, was auch an vielen Stellen mit Erfolg geschehen

ist. Außerdem ist durch das Generalsekretariat und uns nachstehende Arbeiterabgeordnete eine Eingabe an das Handelsministerium gemacht worden mit dem Ersuchen, die behördliche Festsetzung von Höchstpreisen nicht auf den Kleinhandel zu beschränken, sondern auch auf den Großhandel auszuweiten, weil sonst die erstere Maßnahme in manchen Fällen wirkungslos bleiben müßte. Einige Tage nach dieser Eingabe ist dann auch von der Regierung bekannt gemacht worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen betreffs Höchstpreise auch für den Großhandel zur Anwendung gebracht werden können.

Um über die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt während des ersten Kriegsmonates eine Uebersicht zu gewinnen, hat das Generalsekretariat eine Umfrage bei den Ortskartellen veranstaltet. Der dafür benützte Fragebogen beschränkte sich auf die notwendigsten Massenbedarfsartikel, wie Salz, Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Brot und Fleischwaren; ferner auf die zwei Fragen: Wie standen die Preise vor der Mobilmachung und wie standen sie im letzten Drittel des Monats August? Beim Ergebnis der Umfrage scheiden mithin die wilden Preistreiberereien während der ersten Kriegstage aus. Dennoch zeigen die gemachten Angaben in ihrem Unterschied beim Vergleich von Ende Juli mit Ende August fast auf der ganzen Linie eine ganz erhebliche Preissteigerung für alle Nahrungsmittel, die für die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung unentbehrlich sind.

Bei Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, läßt sich eine Preissteigerung wohl verstehen, weil die Transportkosten durch die Kriegslage schwieriger und kostspieliger werden und die Zufuhr vielfach ganz unterbunden ist. Bei Produkten, die im Inland hergestellt werden, fällt das aber fort. So kann auch die erfolgte Steigerung der Salzpreise keineswegs gerechtfertigt werden. Prozentual gerechnet liegen hier ganz erhebliche Aufschläge vor. Steigerungen von 10 auf 11 und 12 Pfg. pro Pfund werden aus den meisten Städten berichtet. Von 10 auf 13 Pfg. stieg der Salzpreis in Koblenz, Tübingen, Weheim, Rittgen, Dortmund, Aachen, Graudenz, Wulsen usw. In Berlin von 11 auf 16 Pfg., Dresden von 11 auf 14, Schneidemühl von 11 auf 20, Erlangen von 11 auf 15 Pfg. Von 10 auf 15, also um rund 50 Prozent, in Necklinghausen, M.-Gladbach, Kevelaer, Neustadt a. S., Düsseldorf, Rosen, Neumünster, Königsberg, Danzig, Dinklage, Schönlanke, Birmaers, Kolmar usw. Hier hätten die Behörden fester zugreifen müssen, denn da liegt ganz offensichtlich Lebensmittelpreise vor.

Das Gesamtergebnis der veranstalteten Umfrage läßt sich dahin zusammenfassen, daß — abgesehen von den maßlosen Preistreiberereien in den ersten Mobilmachungstagen — die Lebenshaltung der breiten Volksmassen sich im Laufe des ersten Kriegsmonates um etwa 15 bis 20 Prozent verteuert hat. Das fällt doppelt schwer ins Gewicht zu einer Zeit, wo das Einkommen der Arbeiter durch verkürzte Arbeitszeit und große Arbeitslosigkeit bedeutend verringert ist. Daher ist es eine höchwichtige Aufgabe unserer Arbeiterorganisationen, auf diese Zustände hinzuweisen und auf Erleichterungen hinzuwirken. Ferner haben uns die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt anläßlich des Krieges erneut die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zum Bewußtsein bringen können. Zahlreiche Fragebogen der vorerwähnten Umfrage tragen den Vermerk, daß die bestehenden Konsumvereine stabilere Preise gehalten und sich als Preisregulator durchaus bewährt hätten. Neben der Aufrechterhaltung und dem späteren weiteren Ausbau unserer Berufsorganisationen wird der Konsumgenossenschaftsbewegung in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Aus den Ortsgruppen.

Aachen. Am 25. September hat die hiesige Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß von der Stadt Aachen den Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter eine Unterstützung gewährt werden soll. Die Zuwendungen, welche neben den Mindestsätzen der vom Reiche gewährten Unterstützungen gemacht werden sollen, betragen: a) für eine Ehefrau ohne Kinder 30 Prozent, b) für eine Ehefrau mit einem Kinde 35 Prozent, c) für eine Ehefrau mit zwei Kindern 40 Prozent, d) für eine Ehefrau mit 3 Kindern 45 Prozent, e) für eine Ehefrau mit 4 oder mehr Kindern 50 Prozent des zuletzt verdienten Lohnes des Ehemannes. Einschließlich der gezahlten Sätze darf die Unterstützung nicht mehr als 75 Prozent betragen. Die Leitung unserer Ortsgruppe hat beantragt, daß die Unterstützungen bis zum vollen Lohne gewährt werden sollten. Dieser Antrag ist aber, wie aus obigem Beschluß hervorgeht, abgelehnt.

Berlin. „Kleine Ursachen, große Wirkungen“ kann man jedenfalls von folgendem Vorkommnis sagen. Haben da am 21. September zwei Arbeiter des Museums vom Dache desselben die Dachziegel einzuziehen, die aus Anlaß des Geurtstages der Kronprinzessin geholt waren. Bei dieser Gelegenheit hebt einer von ihnen einen kleinen kleinen Kieselstein auf und wirft ihn auf die im Hofe stehende Hundehütte. Ein „guter“ Freund des Arbeiters hat nichts eiligeres zu tun, als dies dem Kastellan zu melden, wobei er diesem eine Handvoll Steine zeigt, womit der andere angeblich geworfen habe. Daraufhin wird dem betr. Kollegen gekündigt. Das Bedauerlichste an diesem Vorfall ist noch der Umstand, daß der Denunziant sozialdemokratisch organisiert ist. Ob er nicht über sein unkollegiales Verhalten brennende Scham empfindet? Wir möchten doch annehmen, daß die Museumsverwaltung die angedrohte Entlassung wieder zurücknimmt. Die Ursache erscheint wirklich zu geringfügig.

Aus unseren Berufen.

Kriegssteuern der städtischen Angestellten und Arbeiter. Auf Veranlassung des Herrn Stadtrat Tilger in Breslau fand am 15. Sept. eine Sitzung der Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe Breslaus statt, in der die Anregung gegeben wurde, die städtischen Angestellten und Arbeiter sollten 2 Prozent ihres Lohnes für den nationalen Frauendienst leisten. Selbstverständlich soll diese Leistung eine freiwillige sein. Von den untergeordneten Organen wurde aber ein Zwang daraus gemacht.

In einer Versammlung des sogen. „freien“ Gemeindearbeiterverbandes wurde eine Resolution angenommen, in der nachzuweisen versucht wird, daß den schlecht entlohnten Arbeitern, deren Ehefrauen schon in normalen Zeiten, zum Mitverdienen gezwungen, aber jetzt arbeitslos seien, dieses Opfer nicht bringen könnten, ohne ihre eigene notwendige Existenz zu gefährden. Mit einem Einkommen von 18 bis 20 Mk. pro Woche heißt es den eigenen Kindern das Brot nehmen, wenn hiervon noch etwas in Abzug gebracht würde.

Ganz unserer Meinung. HOFFENTLICH wird nun auch der Gemeindearbeiterverband, mit uns in Nürnberg gegen den Beschluß der dortigen Verwaltung, die Löhne um 30 bis 50 Prozent zu reduzieren, Stellung nehmen. Oder findet er gegenüber den sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten und Stadträten hierzu nicht den Mut?

Arbeiterbewegung.

Die Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft glaubt es auch heute noch mit ihrem Patriotismus vereinbaren zu können, ihren Angestellten und Arbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern. Selbst den zur Aushilfe neu eingestellten Arbeitern wird ein Revers vorgelegt, durch dessen Unterschrift sie sich verpflichten müssen, keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Die Crefelder Straßenbahn, wie auch die Rheinische Bahngesellschaft in Düsseldorf haben bis heute ihr Koalitionsverbot noch nicht aufgehoben. Desgleichen besteht das Koalitionsverbot für die Straßenbahner und Gemeindearbeiter der Stadt M. Gladbach weiter fort.

Das Verhalten dieser Verwaltungen richtet sich selbst.

Beherzigenswerte Ausführungen über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation in der jetzigen Zeit finden wir in der „Konjunktur“:

„Bei dem Druck, unter dem sich auch die Arbeiterbevölkerung befindet, wird der Arbeiter sparen müssen, wo er nur kann, er wird seine Ausgaben in jeder Weise einzuschränken haben. Dabei wird für viele auch die Frage entstehen: ob sich nicht die Beiträge für ihre Organisationen sparen sollen. Nun wäre es aber gerade das Törichte und Verkehrteste, was ein Arbeiter in jetziger Zeit tun könnte, wenn er diese Frage damit beantwortet würde, daß er sich sagte: „ich trete jetzt, der Not gehorchend, aus der Organisation aus; später werde ich dann wieder beitreten.“ Wer so denkt, und danach handelt, der schadet nicht nur sich selbst, sondern er schadet der Sache der Arbeiter. Denn die Organisation des Arbeiters bildet gerade in schweren Zeiten einen Rückhalt und einen Stützpunkt, dessen Fehlen zu einer Entfesselung der schärfsten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte führen muß.

Verstärkte Konkurrenz bedeutet aber Lohndruck und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, von welchen Uebeln jeder einzelne Arbeiter mehr oder weniger getroffen würde. Ein Zusammenhalten der Arbeiter vermag allein diesen Uebeln einigermaßen zu steuern. Die Organisationen werden durch einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt bemüht sein, die verfügbaren Arbeitskräfte so gut als möglich zu verwerten, indem sie, unterstützt durch die Arbeitsnachweise und durch die Behörden alles veranlassen, was die Arbeitsgelegenheit vermehren kann und was den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage fördert. Eine derartige Tätigkeit kann aber nur dann entfaltet werden, wenn die Arbeiter ihre Organisationen leistungsfähig erhalten. Da durch die Mobilmachung ein großer Teil der Mitglieder den Organisationen für die Dauer des Krieges und darüber hinaus verloren ging, so ist es doppelte und dreifache Pflicht der Zurückgebliebenen, die Aufrechterhaltung der Organisation zu gewährleisten. Das sind sie nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern auch den zu den Fahnen geeiften Kollegen schuldig.

Rundschau.

Verleihung des eisernen Kreuzes. Dem Hauptkassierer des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kollegen Josef Mich, wurde für besondere an den Tag gelegte Tapferkeit das eiserne Kreuz verliehen.

Adressen erbeten. Wie uns von einigen Kollegen aus dem Felde und den Lazaretten mitgeteilt wird, hat ihnen die Zusendung unseres Verbandsorgans große Freude bereitet. Die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes ist gerne bereit, sämtlichen im Felde stehenden, oder verwundeten Mitgliedern das Verbandsorgan zuzusenden. Wir bitten daher die Ortsgruppenvorstände um Angabe der genauen Adressen dieser Kollegen.

Fahrpreisermäßigungen für Lazarettbesucher. Eisenbahnminister von Breitenbach hat angeordnet, daß den Angehörigen der franken oder verwundeten deutschen Krieger, die sich innerhalb Deutschlands in ärztlicher Pflege befinden, bei Fahrten zum Besuche ihrer im Felde verletzten oder erkrankten Anverwandten eine Fahrpreisermäßigung gewährt wird. Diese soll in der zweiten, dritten und vierten Wagenklasse die Hälfte der gewöhnlichen Sätze betragen. Bei Benutzung von Schnellzügen ist außerdem der tarifmäßige Zuschlag zu entrichten. Die Vergünstigung tritt in den nächsten Tagen für das gesamte Gebiet der deutschen Staatsbahnen, jedoch nur im Verkehr mit Stationen, die mehr als 50 Kilometer von dem Ausgangspunkt entfernt sind, in Kraft. Als Angehörige gelten: die Eltern,

Kinder, Geschwister, die Ehefrau und Verlobte des verwundeten oder erkrankten Kriegers. Wer für den Besuch solcher die Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen will, muß sich von der zuständigen Ortspolizeibehörde einen Ausweis ausstellen lassen.

Förderung der Staatsbauten. Sämtliche bayerischen Ministerien weisen in einer Verfügung die ihnen unterstellten Behörden an, sämtliche bereits begonnenen Neu- und Erweiterungsbauten, gleichviel ob sie im eigenen Betriebe des Staates ausgeführt werden oder an Unternehmer vergeben sind, alsbald fortzuführen. Nach Möglichkeit sollen auch noch nicht in Angriff genommene Neu- und Erweiterungsbauten, für die im ordentlichen und außerordentlichen Budget die Mittel bereits bewilligt worden sind, baldigst in Angriff genommen werden. Bei Vergabung von Arbeiten sollen diese Leistungen in möglichst kleine Lose eingeteilt werden, um vielen Gewerbetreibenden Beschäftigung zu bieten.

Hoffentlich sorgen denn nun auch die Flußbauämter, die bei Beginn der Mobilmachung Hals über Kopf die Arbeiten einstellte und dadurch den privaten Unternehmern mit dem denkbar schlechtesten Beispiele vorangingen, daß die Arbeit wieder voll aufgenommen wird.

Opfer fürs Vaterland, nicht nur in Worten, sondern in Taten. Die Einmütigkeit, Kriegsbereitschaft u. Opferwilligkeit des deutschen Volkes in dieser Zeit setzt die Welt in Staunen, muß Bewunderung und Hochachtung bei allen erwecken, die einen Einblick in die deutsche Volkstimmung tun können. Ungezählte Familien der minderbemittelten Volkskreise sehen sich durch die Folgen des Krieges, der bittersten Not, der Existenzlosigkeit ausgesetzt. Angesichts der unermesslichen Opfer an Gut und Blut haben alle diejenigen, die in gesicherten Stellen und Einkommensverhältnissen bleiben, eine um so größere Verpflichtung, auch ihrerseits Opfer zu bringen, wenigstens einen Teil ihres Vermögens und Einkommens auf den Altar des bedrohten Vaterlandes zu legen. Minderbemittelte Schichten unseres Volkes sind nach der Richtung hin mit nachahmenswertem Beispiel vorgegangen. Aus verschiedenen Teilen des Reiches wurde schon berichtet, daß die Arbeiter ganzer Betriebe und Fabriken freiwillig einen gewissen Prozentsatz ihres Lohnes für allgemeine Zwecke hergeben. Das große Heer der Organisationsbeamten und -Angestellten in der Arbeiterbewegung, sowohl auf christlicher wie auf sozialdemokratischer Seite, haben auf einen beträchtlichen Prozentsatz ihrer Gehälter, trotzdem nur wenige über 3000 Mk. beziehen, verzichtet.

Würden sämtliche Staats- und Gemeindebeamten in der gleichen Weise Opfer bringen, so würden ganz erhebliche Summen für die Linderung der allgemeinen Not flüssig werden. Bisher hat man jedoch noch wenig gehört, daß die Staats- und Kommunalbeamten generell in dieser praktischen Art und Weise zur Linderung der Kriegsnot beitragen wollen. Hoffentlich finden obige Beispiele auf der ganzen Linie Nachahmung.



Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege:

Johann Bengel, Wiesbaden.

Ohre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.
Druck: Köln-Ohrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.